Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 234 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 7. Oktober 1931

Der Brückenbogen.

Reichskanzler Brüning hat im letzten Jahre versucht, durch die Politik der Notverordnungen die Brücke von der parlamentarischen Theorie zur Wirklichkeit mit ihren Erfordernissen hinüberzubauen. Er hat dabei Gegnerschaften und heftige Angriffe ertragen müssen, sie auch nicht gescheut, doch nur so lange, als eben die Brücke gebaut war von dem Boden einer einigermaßen zuverlässigen Reichstagsmehrheit aus. Nur einmal, im Juli 1930, als der Reichstag die Aufhebung der ersten Notverordnungen beschloß, hat Dr. Brüning diese Mehrheit verloren; er und sein Kabinett demissionierten daraufhin. Das „zweite Kabinett Brüning" blieb dann bis jetzt im steten Kampf mit der Reichstagsopposition von rechts und links her am Ruder; es veränderte sich nur durch das Ausscheiden des Justizministers Dr. Bredt, dessen Amt ebensowenig von neuem besetzt wurde wie das des Reichswirtschaftsministers. Nun aber steht die Regierung Brüning nicht bloß vor einer personellen Umstellung, über deren Art man offiziell wohl schon sehr bald näheres erfahren wird, sondern auch vor schweren materiellen Entscheidungen, zu denen sich die Parteien mit größerer Energie als bisher rüsten. Immer aber hatte der Reichskanzler eine, wenn bisweilen auch schwache, Mehrheit im Reichstag gehabt — doch scheint es, als trüge ihn und sein Kabinett jener „erste Brückenbogen" nicht mehr.

Wenn Dr. Brüning dem Reichspräsidenten eine Gesamtdemission des Kabinetts vorschlägt, also nicht bloß, wie zuerst gesagt wurde, lediglich den bisherigen Außenminister „ausschifft", wenn das Kabinett — wohl wieder unter Führung Dr. Brünings — umgebildet werden soll, so fügt sich der Reichskanzler damit nun seinerseits dem Druck der politisch-parlamentarischen Lage. Es war ganz unsicher geworden, ob er zur Ablehnung der Oppositionsanträge — Aufhebung der Notverordnungen und Mißtrauensvoten — im Reichstag eine Mehrheit für sich und sein bisheriges Kabinett finden würde. Auf die zwischen der Rechtsopposition und etwa dem Zentrum stehenden Fraktionen konnte er sich für eine solche Mehrheitsbildung teils wenig, teils gar nicht mehr verlassen, vielmehr waren ihm von dort aus zahlreiche und dringende Wünsche nach einer Umbildung der Regierung zugeleitet worden. Andererseits versteifte sich auf der Linken, bei der Sozialdemokratie, der Widerstand gegen gewisse sozialpolitische Entschlüsse oder Absichten Dr. Brünings und der Eindruck der neuen sozialistischen Absplitterung nach links wirkte in dieser Richtung hin weiter. Von der Art nun, wie die Umbildung des Kabinetts erfolgt, aus welchen politischen Persönlichkeiten es bestehen wird, hängt natürlich auch im Reichstag entscheidend ab, ob die Sozialdemokratie auch dieser neuen Regierung Brüning gegenüber sich zur Politik des „Tolerierens" entschließt oder glatt zur Opposition wird. Nicht minder entscheidend wird freilich auch die Haltung der Rechtsopposition sein. Nach den vorliegenden Äußerungen von rechts her, hat Brüning von der Rechtsopposition auch dann keine Unterstützung zu erwarten, wenn er sein Kabinett mit einer leichten Verschiebung nach rechts hin umbaut. Die Rechtsopposition erklärt, daß ihr Kampf nicht einzelnen Ministern, sondern dem Kurs der Reichsregierung gelte, den sie für verfehlt halte.

Wohin die Entwicklung der nächsten Tage auch gehen wird —, eine wirklich arbeitsfähige Mehrheit dürfte sich im jetzigen Reichstag auf keinen Fall zusammenfinden. Des Reichskanzlers Absicht war es ja auch ursprünglich, nach der Austragung des Kampfes um die Notverordnungen das Parlament wieder für längere Zeit vertagen zu lassen. Nun aber haben sich unter dem Druck diesmal der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gegensätze die Parteien als stärker erwiesen als der Wille des Reichskanzlers. Daß diese Gegensätze doch schließlich die jetzige politische Lage mit oder vielmehr in allererster Linie herbeiführten, besonders deshalb, weil der Kanzler selbst ein Eingreifen und eine Entscheidung bisher vermied —, das ist nicht unbekannt. In der Kabinetts- und damit auch der Parlamentskrise haben sie sich politisch vor aller Augen zur Auswirkung gebracht.

Die Notverordnung unterzeichnet.

Der Reichspräsident unterzeichnete am Dienstag nachmittag die neue Notverordnung, mit deren Veröffentlichung im Laufe des Mittwochs zu rechnen ist.

Schleuderflugzeug „New York" aufgegeben.

Die Besatzung ertrunken.

Die Hoffnung, die „New York", das Schleuderflugzeug des Lloyddampfers „Bremen", unversehrt aufzufinden, ist nunmehr aufgegeben worden, nachdem in der Nähe von Noel an der Küste von Neuschottland eine Tragfläche aufgefunden worden ist, die als zur „New York" gehörend erkannt wurde. Die Newyorker Leitung des Norddeutschen Lloyds nimmt an, daß die beiden Flugzeuginsassen, der Pilot Simon und der Mechaniker Wagenknecht, ertrunken sind. Die fünf Postsäcke, die sich an Bord des Flugzeuges befanden, gelten als verloren.

Die Reichsregierung zurückgetreten

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing den Reichsaußenminister Curtius zum Vortrag. Im Anschluß daran machte der Reichsminister Curtius dem Reichspräsidenten davon Mitteilung, daß er in einem Schreiben an den Reichskanzler sein Abschiedsgesuch vorgelegt habe.

*

An zuständiger Stelle werden alle bisher genannten Namen für die Neubesetzung einiger Ministerposten als Mutmaßungen bezeichnet, zu denen schon deshalb nicht Stellung genommen werden könne, weil sich der Reichskanzler persönlich die Entscheidungen vorbehält.

Die Dinge werden sich nunmehr voraussichtlich so entwickeln, daß zunächst die Notverordnung veröffentlicht wird und daß sich dann der Reichskanzler zum Reichspräsidenten begibt, um ihm die Gesamtdemission des Kabinetts zu überreichen. Danach werde dann der Reichskanzler mit der

Neubildung des Kabinetts

beauftragt werden. Gesamtrücktritt und Neubeauftragung dürften, da die Veröffentlichung der von dem alten Kabinett Brüning verantworteten Notverordnung für Mittwoch vormittag vorgesehen ist, kaum vor Donnerstag erfolgen. Die Tatsache, daß entgegen der ursprünglichen Absicht

keine öffentliche Reichsratssitzung,

sondern nur eine vertrauliche Besprechung und Informierung mit den Mitgliedern des Reichsrats bzw. den Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder in der Reichskanzlei stattgefunden hat, ist verschiedentlich mit der geplanten Umbildung des Reichskabinetts in Verbindung gebracht worden. Diese Auslegung dürfte jedoch fehlgehen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Ministerpräsidenten der Länder selbst Wert darauf gelegt haben, nicht in einer öffentlichen Reichsratssitzung sozusagen vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden — zumal die Notverordnung auch einschneidende Maßnahmen bezüglich der Länder und Gemeinden enthält —, sondern Gelegenheit zu haben, mit der Reichsregierung die Notverordnung noch einmal durchzusprechen.

Dr. Curtius.

•

Die Germania zur Regierungsumbildung.

Zur Frage der Regierungsumbildung schreibt die Germania: Bisher ist noch keinerlei Entscheidung darüber getroffen, auf welchem Wege die Umbildung der Reichsregierung vollzogen werden wird, und ebenso stehen die Namen der Persönlichkeiten noch nicht fest, die zu dieser Umbildung herangezogen werden könnten.

Rücktritt des Gesamtkabinetts.

Berlin. Nach Abschluß der Arbeiten an der neuen Notverordnung trat das Reichskabinett heute vormittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Brüning im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Aussprache über die Genfer Tagung in eine Erörterung der gesamtpolitischen Lage ein. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingereichten Rücktrittsgesuchs des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius beschloß das Reichskabinett auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers dem Herrn Reichspräsidenten die Generaldemission des Reichskabinetts anzubieten. Der Reichskanzler benützte den Anlaß, zunächst dem Reichsminister Dr. Curtius sowie auch seinen übrigen Ministerkollegen für die in schweren 1½ Jahren geleistete aufopfernde Mitarbeit seinen aufrichtigsten Dank auszusprechen. Im Anschluß an die Kabinettssitzung begab sich der Reichskanzler zum Vortrag zum Herrn Reichspräsidenten.

*

Vor der großen Erklärung der Reichsregierung.

Die Tagesordnung für die erste Reichstagssitzung.

Die Tagesordnung für die erste Sitzung des Reichstages nach der Parlamentspause, die am Dienstag, den 13. Oktober, 15 Uhr pünktlich beginnt, ist nunmehr festgestellt. Auf der Tagesordnung steht nur: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

*

Das Harzburger Programm der Nationalen Opposition.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt einiges über das Programm der Harzburger Tagung der Nationalen Opposition mit. Danach handelt es sich um eine geschlossene Kundgebung im großen Saale des Kurhauses in Harzburg am 11. Oktober, wobei Dr. Hugenberg, Adolf Hitler, die Stahlhelmbundesführer Seldte und Düsterberg, der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, der Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht, Justizrat Claß, der Führer des Alldeutschen Verbandes, sowie Graf von der Goltz, der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände, das Wort nehmen werden. Am Vormittag des 11. Oktober findet eine gemeinsame Sitzung der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages, des Reichs- und Staatsrates statt. Die deutschnationalen und nationalsozialistischen Minister der Länder sowie Vertreter der Landtagsfraktionen der übrigen Länder sind ebenfalls geladen. An der Fraktionssitzung nehmen ferner die drei aus der Landvolkpartei zur nationalen Opposition übergetretenen Reichstagsabgeordneten teil. Zu gleicher Zeit findet eine große Bundesvorstandssitzung des Stahlhelm unter Leitung der Bundesführer statt.

Führende Persönlichkeiten der westlichen Industrie, des Reichslandbundes und der Arbeitnehmerschaft haben ihr Erscheinen zugesagt.

Den Vorsitz in der Tagung der Fraktionen führt Minister Dr. Frick, in der großen Nachmittagssitzung der Nationalen Opposition führt Dr. Hugenberg den Vorsitz.

Wir brauchen langfristige Kredite!

Reichsminister a. D. Hermes auf einer Raiffeisentagung.

Auf dem 36. Verbandstag der niederschlesischen ländlichen Genossenschaften Raiffeisen Breslau hielt Reichsminister a. D. Dr. Hermes als Präsident des Reichsverbandes der Genossenschaften Raiffeisen das Hauptreferat. Dr. Hermes führte u. a. aus: Die verfehlte Kreditpolitik der Nachkriegszeit habe zu einem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geführt, und das Vertrauen weitester Volkskreise zur Reichsregierung sei im Laufe der Zeit ins Wanken geraten. Wir würden auch in sechs Monaten nicht imstande sein, die kurzfristigen Kredite zurückzuzahlen; langfristige würden an ihre Stelle treten müssen.

Die Zukunft dränge auf die Herstellung eines besseren Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft. Gebot der Stunde sei jetzt die Selbsthilfe, wobei kluge Fühlung mit dem Ausland nicht außer acht gelassen werden dürfe. Pflicht im Innern sei Wiederherstellung der Rentabilität der eigenen Wirtschaft, Drosselung der nicht lebensnotwendigen Einfuhr, sparsamste Devisenwirtschaft. Hierbei solle sie sich ein Beispiel an der rücksichtslosen Einfuhrbeschränkung Frankreichs und Englands nehmen. Einer organisierten Nachfrage müsse sich unbedingt auch ein organisiertes Angebot gegenüberstellen. Was das Zusammenhalten anlange, so solle die Landwirtschaft von der vorbildlichen Disziplin des Arbeiters lernen.

Keine neuen Bankfeiertage.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Zusammenhang mit einem Artikel, der besagt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der kommenden Woche auch wieder Bankfeiertage oder sonstige Zahlungseinschränkungen mit sich bringen könnten, wird erklärt, daß diese Nachricht frei erfunden ist. Keine verantwortliche Stelle hat je den Gedanken neuer Bankfeiertage auch nur in Betracht gezogen oder auch nur die geringste Veranlassung dazu gehabt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF